

Kommentar
zur Woche

Dort ist Krieg. Mit Toten.

Die Hilfsbereitschaft ist überwältigend, zumindest auf den ersten Blick. Ganze Konvois machen sich diese Tage auf den langen Weg in die Ukraine, beladen mit Medikamenten, Matratzen, Spielsachen, Gütern des täglichen Bedarfs und ganz viel schlechtem Gewissen vielleicht auch. Bündnerinnen, Bündner, manche mit ukrainischen Wurzeln, sammeln, organisieren, packen an. Ohne langwierige Planung, ohne grundsätzliche Bedenken. Sie und wir alle tun es einfach, weil es genau das ist, was im Moment nötig ist.

Wann waren wir, wann war die Schweiz denn zum letzten Mal so europäisch, wie wir uns jetzt grad verhalten? Wann so solidarisch mit einem nicht allzu fernen, aber letztlich natürlich auch nicht allzu nahen Staat, dass sogar der Bundesrat seine abwehrende Neutralitätsstarre der

«Wann waren wir, wann war die Schweiz zum letzten Mal so europäisch?»

Realität des 21. Jahrhunderts anpassen musste? Und wann so stramm antikommunistisch wie damals zu Zeiten des Kalten Krieges – abgesehen davon, dass damals die Linken für die Sowjetunion Sympathie hegten, heute aber ein rechter «Weltwoche»-Verleger und ein paar versprengte Putin-Versteher.

Und doch, ganz ungetrübt ist auch das Bild nicht, welches Graubünden respektive die Bündnerinnen und Bündner derzeit abgeben. 69 Prozent sind dafür, dass die Schweiz unbürokratisch Flüchtlinge aus der Ukraine aufnimmt, wie unsere nicht repräsentative «Frage des Tages» vor fünf Tagen gezeigt hat. Im Umkehrschluss heisst das aber: 31 Prozent sind dagegen, fast jeder dritte Bündner.

Aber wann, wenn nicht genau jetzt, ist denn der richtige Moment, um Flüchtlingen zu helfen, wie das unsere humanitäre und christliche Kultur und unser Gewissen verlangt? Wenn es zu spät ist vielleicht? Der Bundesrat reagiert, er öffnet die Grenzen für Flüchtlinge und ihre Familien. Das nützt! Und es nützt auch schon, wenn uns allen bewusst wird, dass in der Ukraine Krieg herrscht. Und dass dort Menschen getötet werden!



Reto Furter,
Leiter Chefredaktion
reto.furter@somedia.ch

Tage zwischen Hoffen und Bangen

In Graubünden leben viele Menschen, die einen engen Bezug zur kriegsgebeutelten Ukraine haben – entweder, weil sie dort geboren sind oder weil sie aus anderen Gründen mit dem Land verbunden sind. Sie alle eint seit dem Kriegsausbruch die Sorge um ihre Angehörigen und Freunde vor Ort. **Olivier Berger**

«Ich hoffe, dass alles gut wird»

Es war ein trauriger Anlass, der Alla Forrer vor gut 20 Jahren zum ersten Mal in die Schweiz führte. «Mein Vater war gestorben, und kurz darauf starb auch mein damaliger Chef, der für mich wie eine zweite Vaterfigur war», erzählt sie. «Ich steckte in einer grossen Krise, deshalb hat mich eine ukrainische Freundin, die schon in der Schweiz lebte, zu sich und ihrem Ehemann eingeladen.» In der Schweiz sei sie zuerst «wie eine Touristin aus Fernost» unterwegs gewesen. «Ich habe alles fotografiert, weil ich nicht glauben konnte, dass es so etwas Schönes wie die Schweizer Berge gibt.» Irgendwann während ihres Aufenthalts habe sie ihren späteren Ehemann kennengelernt. Gut ein Jahr lang sei sie mit ihm von der Ukraine aus in Kontakt geblieben, dann hätten sie geheiratet. Seit 2003 lebt Forrer in Graubünden; sie arbeitet als Modeberaterin.

Forrer hat nach wie vor Familie in der Ukraine, ihrer alten Heimat. «Mein Bruder, seine Frau und ihre zwei Söhne leben dort», sagt sie. Mit ihnen sei sie derzeit täglich in Kontakt, erhalte Nachrichten über die Situation der Angehörigen, aber auch des Landes. «Ich kann nicht glauben, dass so etwas wie dieser Krieg in unserer Zeit überhaupt passiert.» Die Situation in den ukrainischen Städten sei «sehr schlecht».

Sie versuche derzeit, möglichst ruhig zu bleiben, erklärt Forrer. Ausserdem engagiere sie sich dort, wo sie das könne. «Ich war diese Woche an der Mahnwache in Chur und habe dort auch TV Südostschweiz ein Interview gegeben.» Daneben versuche sie, Landsleuten ein offenes Ohr zu leihen und sie psychologisch zu unterstützen. Wenn sie auf die Spannungen zwischen der Ukraine und Russland angesprochen werde, verweise sie oft auf die Schweiz als Beispiel. «Hier leben Menschen aus 26 Kantonen mit je einer eigenen Mentalität und mit vier Sprachen zusammen, und es gibt keine Probleme.»

Am Donnerstag hat Forrer ihren 46. Geburtstag gefeiert – mitten im Krieg in ihrer alten Heimat und der Unsicherheit über die Zukunft von Verwandten und Freunden. Die Zuversicht mag sie trotzdem nicht aufgeben, wie sie sagt. «Ich hoffe, dass alles gut wird.»



Alla Forrer

«Sie waren geschockt und haben gezittert»

Sergio Rampoldi aus Davos ist seit dem 10. Mai 2021 mit einer Ukrainerin verheiratet. «Meine heutige Frau hat in der Schweiz Ferien gemacht, und so haben wir uns kennengelernt», erzählt er. Nach den Ferien blieb das Paar in Kontakt; Rampoldi reiste auch in die Ukraine. «Irgendwann haben wir uns dann gesagt, dass wir heiraten, und seither lebt meine Frau hier in Graubünden.»

Besonders an der Liebesgeschichte zwischen Sergio und Olena Rampoldi ist zusätzlich: Er ist schwerhörig, sie gehörlos. «Auch fast ihre ganze Familie ist gehörlos», sagt Sergio Rampoldi. Zum Beispiel auch Olena Rampoldis Sohn und ihre Mutter. Seit einigen Tagen wohnen auch sie in der Wohnung des Paares in Davos. «Von ihrem Wohnort in der Nähe von Kiew konnten sie in den ersten Kriegstagen mit einem Bus nach Polen fliehen», erklärt Sergio Rampoldi. «Dort haben wir sie abgeholt.»

Rund 30 Stunden habe die Fahrt mit dem Bus nach Warschau gedauert; dort sei es dann zum Wiedersehen gekommen. «Eine Nacht haben wir im Hotel verbracht», sagt Rampoldi. «Meine Schwiegermutter und der Sohn meiner Frau mussten sich erst einmal beruhigen. Sie waren geschockt und haben gezittert.» Am nächsten Tag sei es zurück in die Schweiz gegangen – wieder 30 Stunden lang per Bus. Die Fahrten habe er aus der eigenen Tasche bezahlt. «Der Grenzübergang in die Schweiz war kein Problem.»

Inzwischen ist auch Rampoldis Schwager, seiner Frau und deren beiden Kindern die Flucht nach Polen gelungen. «Auch sie werden wir nach Graubünden holen», erklärt Rampoldi. Damit allerdings stelle sich ein Problem. «Momentan wohnen wir noch in einer 1-Zimmer-Wohnung, und zu acht wird das nicht mehr gehen.» Im kommenden Monat zögen er und seine Frau in eine 4-Zimmer-Wohnung um, «dann würde der Platz notfalls wieder reichen». Für die Zeit bis zum Umzug suche er nun in der Region nach einer Lösung. «Die Verwandten sollten in unserer Nähe bleiben, weil auch sie gehörlos sind und die Kommunikation darum schwierig ist.» Auch finanziell werde es eng; seine Ersparnisse seien langsam aufgebraucht.

Sergio Rampoldi kümmert sich derzeit um die Formalitäten. Klar sei, dass die Angehörigen für mindestens drei Monate in der Schweiz bleiben könnten. «Ich hoffe, für die Zeit danach gibt es eine Lösung, falls der Krieg dann noch nicht zu Ende ist.» Klar sei nämlich: Sobald wieder Frieden herrsche in der Heimat, wollten seine Angehörigen zurückkehren. Auch seine Frau leide sehr unter der aktuellen Situation, erklärt er. «Sie steht seit Kriegsbeginn unter Schock und fürchtet sich um ihre Familienangehörigen in der Heimat.»



Sergio Rampoldi

Nützliche Informationen für Schutzsuchende – und wie

Geflüchtete Ukrainerinnen und Ukrainer finden auch in Graubünden ein Heim. Sowohl Schutzsuchende wie auch Bü

Darf man Flüchtende privat aufnehmen?

Ja, das geht. Ukrainische Staatsangehörige dürfen normalerweise während 90 Tagen legal bei Angehörigen, Freunden und anderen in der Schweiz wohnen. Personen, die sie aufnehmen, machen sich nicht strafbar. Aktuell gilt der Schutzstatus, siehe weiter unten. Das macht die Lage noch etwas einfacher.

Der Bundesrat aktiviert den Schutzstatus – was heisst das?

Die Schweiz zieht mit der EU gleich und regelt den Aufenthalt von Schutzsuchenden aus der Ukraine rasch und unbürokratisch. Ist der Schutzstatus gegeben, wird eine kollektive Aufnahme und ein Aufenthaltsrecht vorläufig auf ein Jahr gewährt. Bundesrätin Keller-Sutter betonte an der Pressekonferenz vom Freitag, dass durch die Einführung des

Schutzstatus die Asylverfahrensstrukturen entlastet werden könnten. Ehegatten und -gattinnen, eingetragene Partnerinnen und Partner und minderjährige Kinder können Schutzsuchende mit Status S mitbringen respektive umgehend nachziehen. Die Sammelbewilligung mit provisorischem Schutz zielt darauf ab, Personen zu schützen, solange sie einer ernstesten allgemeinen Gefahr ausgesetzt sind. Insbesondere während eines Krieges oder Bürgerkriegs oder in Situationen allgemeiner Gewalt. Die maximale Aufenthaltsdauer von 90 Tagen ist mit dem aktiven Schutzstatus ausser Kraft gesetzt.

Darf den Flüchtenden eine eigene Wohnung angeboten werden?

Auch das geht in Ordnung. Solange die Unterkunft gratis zur Verfügung gestellt wird, ist auch keine Meldung an die Be-

hörden nötig. Wenn aber die Person gegen Bezahlung beherbergt wird, muss ihre Ankunft bei der örtlichen Polizei gemeldet werden.

Gibt es Mindestanforderungen für eine Unterkunft?

Grundsätzlich gibt es keine formellen Anforderungen. Es ist auch nicht nötig, dass Sie eine Fremdsprache sprechen. Wichtig wäre jedoch, dass die Geflüchteten mindestens drei Monate bleiben können. Zusätzlich ist es wichtig, dass pro drei erwachsene Personen mindestens ein Zimmer verfügbar ist. Das Wohnzimmer oder der Keller zählen nicht als Zimmer. Die Geflüchteten sollten ausserdem Zugang zur Küche haben, sei es, um selber zu kochen oder um bekocht zu werden. Und selbstverständlich müssen sie auch uneingeschränkter Zugang zum Badezimmer haben.

Bekommen Flüchtende aus der Ukraine hier finanzielle Unterstützung?

Während der Dauer des 90-tägigen Aufenthalts besteht kein Anspruch auf sozialhilferechtliche Unterstützung und Krankenversicherungsschutz. Wenn aber die Geflüchteten der Ansicht sind, dass sie aus Sicherheitsgründen nicht vor Ablauf der 90 Tage in die Ukraine zurückkehren können, müssen sie ein Gesuch um Asyl stellen. Mit dem Schutzstatus muss aber noch einiges geklärt werden, auch, ab wann eine Person arbeiten darf.

Wie gehts dann weiter?

Wird um Asyl ersucht, kommen die geltenden Regeln zum Asylverfahren zum Tragen. Etwa die Unterbringung in einem Bundesasylzentrum. Unterstützung durch Asylsozialhilfe, Krankenver-